

Inflation: Folge ungelöster Verteilungskonflikte

Markus Marterbauer

Der Energiepreisschock nach dem russischen Angriff gegen die Ukraine löst einen kräftigen Anstieg der Inflationsrate in der EU aus. Dieser Angebotsschock bedeutet eine Umverteilung von den rohstoffverbrauchenden Ländern zu den rohstoffproduzierenden Ländern und führt bei uns zu einem unvermeidbaren Rückgang des verfügbaren Einkommens. Viele Betrieben nehmen die hohe Inflation zum Anlass für gewinnsteigernde Preiserhöhungen, was eine Gewinn-Preis-Spirale auslöst. Die Frage, wie anhaltend die Inflation sein wird, hängt deshalb entscheidend von der Fähigkeit der wirtschaftlichen und sozialen Institutionen ab, die bestehenden Verteilungsfragen zu lösen.

Erinnerungen an die Ölkrisen der 1970er Jahre werden wach

Der Energiepreisschock bestimmt direkt die Inflationsrate: In Österreich stiegen die Preise auf Ebene der Verbraucher:innen im Juli 2022 um 9,2%. Knapp ein Drittel des Preisauflriebs ist direkt auf höhere Kosten von Haushaltsenergie und Treibstoffen zurückzuführen. Dazu kommen immer stärker werdende indirekte Effekte, weil Energie eine wichtige Vorleistung darstellt und ihre steigenden Kosten in die Preise überwälzt werden. Im zweiten Halbjahr dürften die Inflationsraten noch weiter steigen, das WIFO erwartet für den Jahresdurchschnitt 2022 eine Rate von 7,8%, für 2023 5,3%.

Der Energiepreisschock weckt Erinnerungen an die „Ölkrisen“ der 1970er und 1980er Jahre. Damals hatten die erdölexportierenden Staaten die OPEC gegründet und die Erdölpreise vervielfacht. Dies war eine Reaktion auf das Ende des Wechselkurssystems von Bretton Woods und die damit verbundene Abwertung des US Dollars, in dem Erdöl fakturiert wurde, sowie auf den Yom-Kippur-Krieg der arabischen Länder gegen Israel. Der Ölpreisschock löste 1975/76 in vielen Industrieländern zweistellige Inflationsraten aus (in Österreich allerdings nur 1975 7% und 1976 9%) und führte zu einer Rezession (BIP real in Österreich 1975: -0,4%) sowie zu einem kräftigen Anstieg der Arbeitslosigkeit in Deutschland und anderen EU-Ländern. Dies wurde als „Stagflation“ bezeichnet: Hohe Inflation und steigende Arbeitslosigkeit. In Österreich war das als einem von wenigen Ländern nicht der Fall. Die Inflationsrate blieb niedriger als in den EU-Ländern. Zwar folgte auf die Ölrezession 1975 die Leistungsbilanz-Rezession 1978, doch die österreichische Wirtschaft blieb auf der „Überholspur“ und wuchs rascher als jene der EU-Länder. Vor allem aber wurde die Arbeitslosenquote bis 1981 auf dem Vollbeschäftigungsniveau von 2% der unselbständigen Erwerbspersonen gehalten. Erst nach der zweiten Ölkrise 1981/82, in der die Inflationsrate neuerlich stieg (1982/83 6%), konnte ein Anstieg der Arbeitslosenquote nicht mehr verhindert werden (1983 4,5%).

Der Erfolg des Austrokeynesianismus der 1970er und 1980er Jahre zeigt, dass auch in Phasen hoher importierter Inflation Spielraum für eine Wirtschaftspolitik besteht, die sich allen Zielen des magischen Vielecks verpflichtet fühlt. Der Austrokeynesianismus der Regierung Kreisky zielte darauf ab, die bestehenden Verteilungskonflikte koordiniert „am grünen Tisch“ zu lösen. Die kollektivvertragliche Lohnpolitik war auf Kaufkraftershalt, Gewährleistung der Wettbewerbsfähigkeit und Inflationsdämpfung ausgerichtet. Die Budgetpolitik auf Investitionsförderung und Vollbeschäftigung. Die Hartwährungspolitik auf Inflationsdämpfung und Stabilisierung der Erwartungen. Der Übergang zu konservativer und monetaristischer Wirtschaftspolitik Anfang der 1980er Jahre in den USA (Ronald Reagan), Großbritannien (Margret Thatcher) und Deutschland (Helmut Kohl) brachte drastische Zinserhöhungen, steigende Arbeitslosigkeit und schränkte auch den Handlungsspielraum der Wirtschaftspolitik in Österreich erheblich ein.

Zinspolitik machtlos gegen Kostensteigerungen, schädlich für Investitionsanfordernisse

Viele konservative Ökonom:innen meinen auch heute, dass die EZB schon lange die Zinsen drastisch erhöhen und den Ankauf von Wertpapieren beenden hätte sollen. Die unkonventionelle Geldpolitik sei eine Ursache der hohen Inflation. Dafür besteht aber wenig empirische Evidenz. Und noch wichtiger: Eine Straffung der Geldpolitik ist nicht geeignet, einen kostenseitig bedingten Preisauftrieb adäquat zu bekämpfen, da sie über die Nachfrageseite wirkt.

In der alten monetaristischen Sichtweise führt eine Ausweitung der Geldmenge durch die Zentralbank zu einer höheren Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen und in der Folge zu Inflation. Seit der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09 ist die Zentralbankgeldmenge kräftig gestiegen. Die Bilanzsumme des Europäischen Zentralbankensystems hat sich von 1,3 Billionen Euro auf 8,5 Billionen Euro mehr als versechsfacht. Doch die Inflationsraten blieben niedrig. Sie erreichten kaum das Preisstabilitätsziel des EZB von nahe 2% und waren oft sogar einer gefährlichen Deflation näher, besonders 2014, 2015, 2016 und 2020. Ein durch starkes Geldmengenwachstum ausgelöster gesamtwirtschaftlicher Nachfrageüberhang auf den Güter- und Dienstleistungsmärkten mit entsprechenden Inflationseffekten trat nicht auf. Deshalb liegen jene monetaristische Ökonom:innen falsch, die immer wieder behaupteten, die Geldmengenausweitung würde unausweichlich zu Inflation führen. Auch die aktuell höhere Inflation ist durch einen kostenbedingten Angebotsschock und nicht durch zu hohe Nachfrage bestimmt.

Der durch den starken Anstieg der Energiepreise ausgelöste Angebotsschock führt direkt zu einem Anstieg der Preise und einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts. Wird er mit einer merklichen Straffung der Geldpolitik beantwortet, so führt dies zusätzlich zu einem negativen Nachfrageschock, mit geringerem BIP, höherer Arbeitslosigkeit und geringeren Preisen. Geldpolitik ist generell ein sehr grobes Instrument zur Bekämpfung von Inflation. Restriktive Geldpolitik über höhere Zinssätze ist in der Lage, kreditfinanzierte Investitionen der Unternehmen und Ausgaben der Haushalte für lang-

lebige Konsumgüter zu bremsen. Dazu kommt die Erhöhung der Zinslast für jene Unternehmen und Haushalte, die sich in der Vergangenheit verschuldet haben. Dies schwächt die wirtschaftliche Entwicklung ab und kann so den Preisauftrieb eindämmen – allerdings verbunden mit realwirtschaftlichen Kosten in Form geringerer Produktion und höherer Arbeitslosigkeit. In der Eurozone ist zudem zu bedenken, dass eine restriktive Geldpolitik der EZB unter bestehenden Rahmenbedingungen erheblicher Unsicherheit die Zinsdifferenzen zwischen den Staatsanleihen der Mitgliedsländer stark erhöhen und so spekulative Verwerfungen im gesamten Währungsraum auslösen wird. Deshalb ist besondere Vorsicht geboten.

Dies gilt auch für die Zinspolitik der FED in den USA. Zwar ist dort die hohe Inflation nicht nur angebotsseitig (Energiepreise, Lieferkettenprobleme), sondern vor allem nachfrageseitig (besonders expansive Fiskalpolitik in der Covid-19-Krise) bestimmt und Zinserhöhungen scheinen eher angemessen. Doch höhere US-Zinssätze und die Aufwertung des US-Dollars lassen eine Schuldenkrise in Ländern erwarten, die in Dollar verschuldet sind. Das gilt besonders für Lateinamerika. Zusammen mit der Hungerkrise in Afrika aufgrund der steigenden Nahrungsmittelpreise und den notorisch instabilen Finanzmärkten löst das menschliches Leid aus und ist ein giftiger Cocktail für die Weltwirtschaft.

Eine Dämpfung der gesamtwirtschaftlichen Investitionen durch höhere Zinssätze wäre auch deshalb besonders gefährlich, weil für den Erfolg des Kampfes gegen die Klimakrise enorm umfangreiche Investitionen von Unternehmen, Haushalten und Staaten unabdingbar sind. Die Europäische Kommission schätzt den Investitionsbedarf bis 2030 (wahrscheinlich zu) vorsichtig auf 1.000 Mrd Euro pro Jahr. Höhere Zinssätze verteuern die erforderlichen raschen Anpassungen der Klimapolitik und beeinträchtigen damit den gesellschaftlichen Wohlstand. Ähnliches gilt wohl für den hohen Bedarf an Investitionen im Bereich der Digitalisierung, mit ihren langfristigen Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung.

Wirtschaftliche und soziale Auswirkungen der Inflation

Der energiepreisbedingte Anstieg der Inflation führt zu einem Rückgang der real verfügbaren Einkommen. Dieser dämpft die Konsumnachfrage markant. Weil bei allen Handelspartnern die Einkommen ebenfalls sinken, folgt auch eine Abschwächung des Exportwachstums. Zunehmende Unsicherheit über den wirtschaftlichen Ausblick führt zum Aufschub geplanter Investitionen, deshalb wachsen auch die Bruttoanlageinvestitionen langsamer. Der Energiepreisschock dämpft also alle drei großen Nachfrageaggregate und damit besteht die Gefahr einer Rezession.

Die Haushalte sind vom Anstieg der Energiepreise allerdings sehr unterschiedlich betroffen. Das untere Einkommensdrittel leidet besonders unter dem Anstieg der Kosten für Haushaltsenergie, die zusammen mit Wohnkosten bis zur Hälfte der Ausgaben ausmachen. Diese Ausgaben können kaum vermieden werden und die Haushalte können auf die steigenden Wohn- und Energiekosten auch nicht mit geringeren Ersparnissen reagieren, weil sie ihr Einkommen ohnehin vollständig konsumieren. Sie müssen deshalb die Nachfrage nach anderen Gütern und Dienstleistungen einschränken. Das

Risiko manifester Armut bei Arbeitslosen, Eineltern- und Mehrkindfamilien, Mindestpensionist:innen und prekär Beschäftigten nimmt massiv zu. Im mittleren Einkommensdrittel liegt die Sparquote bei 10–20%, gespart wird für konkrete Anlässe wie den beabsichtigten Kauf langlebiger Konsumgüter oder eine Urlaubsreise. Die hohe Inflation zwingt zur Verschiebung dieser Ausgaben. Entscheidend für die wirtschaftliche Lage ist in diesem Einkommenssegment aber, ob die Lohnerhöhungen mit der Inflation mithalten und so die Kaufkraft sichern.

Das obere Einkommensdrittel spart 20–50% seines verfügbaren Einkommens. Die höheren Kosten für Treibstoff, Flugreisen und viele andere Güter und Dienste führen hier nicht zu einem Rückgang der Nachfrage nach anderen Leistungen, sondern bedeuten einfach, dass weniger Geld übrigbleibt. Die Sparquote sinkt. Inflation hat im oberen Einkommensbereich keine nennenswerten negativen Wohlfandeffekte. Aus der negativen Realverzinsung von Ersparnissen infolge hoher Inflation entstehen keine größeren sozialen Probleme. Im unteren Einkommensbereich gibt es diese Ersparnisse ohnehin nicht und auch für das Wohlergehen der breiten Masse der Bevölkerung sind Arbeitseinkommen und Sozialtransfers viel relevanter als Zinseinkommen, die nur in den obersten ein, zwei Prozent der Haushalte einen nennenswerten Anteil am Haushaltseinkommen haben.

Inflationseffekte für Einkommensschwache ausgleichen

Das Zusammenspiel aus COVID-19-Krise und Energiepreisschock trifft Einkommensschwache in besonderem Ausmaß und droht Armut und Armutsgefährdung drastisch zu erhöhen. Statistik Austria hat im I. Quartal 2022 die Veränderung der Einkommen durch die COVID-19-Krise und den (beginnenden) Energiepreisanstieg erhoben. Mehr als 2 Millionen Menschen haben demnach in Relation zum Vorjahr an Einkommen verloren, darunter hatten knapp 700.000 hohe Einkommensverluste. Zwei Drittel der Arbeitslosen, knapp die Hälfte der Hilfsarbeiter:innen und gut ein Drittel der Ein-Eltern-Haushalte und der Mehrkindfamilien verzeichneten bereits vor der massiven Teuerungswelle Einkommensverluste. Das sind die hauptbetroffenen sozialen Gruppen. Bei ihnen führen die Einkommensverluste zu einer zusätzlichen Anspannung der wirtschaftlichen, sozialen und persönlichen Lage. Bereits vor der Teuerungswelle konnten mehr als 60% der Arbeitslosen eine unvorhergesehene Ausgabe in Höhe von 1.300 Euro finanziell nicht bewältigen, die Hälfte sich keinen einwöchigen Urlaub leisten. Ein Viertel der Arbeitslosen kann abgetragene Kleidung oder abgenutzte Möbel nicht ersetzen, sich nicht jeden zweiten Tag eine warme Hauptmahlzeit leisten oder sich eine Kleinigkeit gönnen.

Der Sozialstaat erlebt in wirtschaftlichen Krisen seine Sternstunden, er verhindert einen schweren wirtschaftlichen Einbruch und stabilisiert die soziale Lage der Betroffenen. Doch das Zusammenspiel aus Covid-Krise und Energiepreisschock macht auch deutlich, dass der Sozialstaat nicht armutsfest ist. Arbeitslose, besonders wenn sie mehr als ein Jahr ohne Job sind, prekär Beschäftigte, für die die Chancen auf einen guten Job geschwunden sind, Alleinerziehende und Mehrkindfamilien, aber auch viele Einpersonnenunternehmer:innen gehören zu den sozialen Gruppen, in denen die Gefahr manifester Armut rasch steigt.

Für die Bewältigung der sozialen Folgen der Covid- und Energiekrise ist es essentiell, Einkommen und Kaufkraft des unteren Einkommensdrittels zu sichern. Gelingt dies nicht, so droht ein massiver Anstieg der Armut. Eine Einmalzahlung hilft kurzfristig, kann aber nicht über die strukturell fehlende Armutsfestigkeit des Sozialstaates hinwegtäuschen. Nun rächen sich die Kürzung der Mindestsicherung durch Türkis-Blau, die fehlende Anhebung der Nettoersatzrate des Arbeitslosengeldes durch Türkis-Grün in der Covid-Krise oder der seit langem ungenügende Unterhaltsvorschuss. Mindestsicherung und Sozialhilfe mit 978 Euro, durchschnittliches Arbeitslosengeld mit 1.027 und Notstandshilfe mit 901 Euro, sowie Ausgleichszulage mit 1.141 Euro (auf Jahreszwölfstel umgelegt) liegen markant unter der Armutsgefährdungsgrenze von 1.371 Euro pro Monat. Um die Armut zu bekämpfen, ist die deutliche Aufstockung dieser Sozialleistungen dringend.

Die Nettoersatzrate des Arbeitslosengeldes muss auf 70% erhöht werden, unter Beibehaltung des Ergänzungsbetrages und der Verdreifachung der Familienzuschläge. Der Ausgleichszulagenrichtsatz muss dauerhaft und merklich aufgestockt und die Sozialhilfe entsprechend an den Ausgleichszulagenrichtsatz angepasst werden. Diese Umstellung ist komplex und dauert, deshalb sollte kurzfristig ein Zuschlag des Bundes ausbezahlt werden. Das Grundsatzgesetz zur Sozialhilfe soll geändert werden. Es soll als Vorgabe für die Bundesländer wieder Mindestsätze statt Höchstsätze geben. Die Einschränkungen bei den Zusatzleistungen sollen fallen, die Kinderrichtsätze müssen wieder angehoben werden. Temporär soll auch die Vermögensanrechnung ausgesetzt werden, damit Haushalte mit geringen Ersparnissen, die ihre laufenden Kosten nicht mehr bestreiten können, ebenfalls Unterstützung bekommen. Zudem müsste den Bedürftigen die Inanspruchnahme der Sozialhilfe erleichtert werden, indem es bessere und verständliche Informationen gibt, die Verfahren bürger:innenfreundlicher abgewickelt werden und Anonymität gewährleistet ist. Im Rahmen der Unterhaltsgarantie soll der Unterhaltsvorschuss auf die Höhe des Regelbedarfssatzes aufgestockt werden.

Diese Maßnahmen wären direkt gegen Armut wirksam. Sie beseitigen aber nicht deren Ursachen. Dafür wäre es auf dem Arbeitsmarkt notwendig, sofort einen kollektivvertraglichen Mindestlohn von 1.700 € (14 Mal im Jahr) zu erreichen und diesen 2024 auf mindestens 1.800 € aufzustocken. Zudem soll das AMS angewiesen werden, ab sofort Arbeitslose nicht mehr auf Jobs unter dieser Niedriglohnschwelle zu vermitteln. Im für Armutsverfestigung besonders wichtigen Bereich des leistbaren Wohnens war die Anhebung der Richtwert- und Kategoriemietzinsen zum 1. April 2022 sachlich unangemessen. Die Möglichkeit der Befristung von Mietverträgen soll bis auf Ausnahmefälle abgeschafft werden. Heute sind drei von vier neuen Mietverträgen befristet. Dies ist das Einfallstor für einen enormen Anstieg der Mieten. Die Mietenregulierung soll auf alle privaten Mietwohnungen ausgeweitet werden, sie gilt nur noch für weniger als die Hälfte. Vor allem in den Städten muss eine soziale Wohnbauoffensive im Bereich gemeinnütziger und kommunaler Wohnbauträger gestartet werden. Gegen Wohnungslosigkeit muss im Rahmen einer „Housing First Strategie“ entschieden vorgegangen werden. Kindergärten und Schulen brauchen mehr (auch nicht pädagogisches) Personal, vor allem an Standorten mit besonderen Herausforderungen. Im Gesundheits- und Pflegesystem muss ein niederschwelliger Zugang für alle Bevölkerungsgruppen ermöglicht, mehr Vorsorge betrieben und die Leistungen generell ausgebaut werden. Dafür bildet die Verbesserung der Arbeitsbedingungen eine wichtige Voraussetzung. Ent-

scheidend für die Verringerung der Armutsgefährdung ist auch die Hilfe beim Umstieg auf neue Heiz- und Energiesysteme. Dafür sind umfangreiche Förderungen, aber auch Beratungen und Hilfen in der Umsetzung notwendig, die etwa über die Einrichtung eines Energie- und Klimahilfsfonds geleistet werden können.

Lohnpolitik und Inflation

Manche Parteien und Interessenvertretungen warnen vor einem zusätzlichen Preisdruck durch Lohnsteigerungen. Dies ist schon deshalb wenig relevant, als der Preisauftrieb derzeit nicht von den Löhnen, sondern von den Energiepreisen und höheren Gewinnansprüchen ausgeht. In Österreich hat es zudem eine aus der theoretischen Literatur bekannte „Lohn-Preis-Spirale“ nie gegeben. Dies ist in den Grundsätzen der Lohnpolitik begründet. Die gewerkschaftliche Lohnpolitik zielt erstens auf die Sicherung der Kaufkraft ab. Dies geschieht, indem die durchschnittliche Inflationsrate der letzten 12 Monate die Basis für die Kollektivvertragsverhandlungen bildet. Löhne reagieren also stets auf die Preise und nicht umgekehrt. Zweitens zielt die Lohnpolitik auf die Übersetzung des Produktivitätsfortschritts in steigende Realeinkommen. Die nominellen Lohnstückkosten steigen somit im Ausmaß der vergangenen Inflationsraten, die realen Lohnstückkosten bleiben konstant.

Eine Lohn-Preis-Spirale ist nicht nur dem Konzept der österreichischen Lohnpolitik fremd, sie ist auch aktuell nicht zu beobachten. Das WIFO rechnet mit einem Anstieg der Pro-Kopf-Löhne um brutto 3,6 % im Jahresdurchschnitt 2022. Die Löhne dämpfen also die Inflationsrate, die bei 7,8 % liegt. Erst wenn sich die Inflation wieder abzuschwächen beginnt, steigen die Löhne aufgrund des Nachholeffekts rascher. Für 2023 wird ein Anstieg der Pro-Kopf-Löhne um 6,7 % bei einer Inflationsrate von 5,3 % erwartet. In der Frühjahrslohnrunde für die Elektro-, Papier- oder Chemieindustrie lag die relevante Inflationsrate der letzten 12 Monate bei 3,5 %. Die Abschlüsse lagen bei knapp 5 %.

In der Herbstlohnrunde wird die relevante Inflationsrate deutlich höher liegen, damit mögen die Lohnverhandlungen schwieriger werden. Derzeit sind die Sozialpartner bemüht, die Inflationsdynamik und ihre Folgen für die Kaufkraft zu bremsen, um nicht zu viel Druck auf die Lohnverhandlungen zu erzeugen. Allerdings ist auch die Inflation bei den Handelspartnern vom Energiepreisschock geprägt, damit steht die Wettbewerbsfähigkeit nicht in Gefahr. Zudem stärkt die relativ hohe Inflation die Kollektivvertragspolitik, denn die Beschäftigten erkennen, wie wichtig Betriebsrat, Gewerkschaft und Kollektivvertrag sind. Alleine könnten sie in der aktuellen Lage eine kaufkraftsichernde Lohnerhöhung nicht erreichen.

Gewinn-Preis-Spirale verhindern

Der hausgemachte Teil der Inflation ist das Ergebnis höherer Gewinnansprüche. Lösen diese im Gegenzug wieder höhere Löhne aus, dann wird die Inflation anhaltend. Dies gilt es zu verhindern. In zwei Bereichen bedarf es des unmittelbaren Eingriffs.

Hohe Strom- und Gaspreise auf den Spotmärkten führen zu enormen Übergewinnen bei jenen Energieunternehmen, die Strom billig mit Wasser, Wind oder Sonne produzieren. Die hohen Gewinne gehen auf Kosten der Energiekund:innen. Diese Übergewinne müssen in geeigneter Form abgeschöpft werden. Dies könnte durch einen Gaspreisdeckel nach dem Vorbild Spaniens und Portugals, eine Übergewinnsteuer wie in Italien oder ähnliche Maßnahmen erreicht werden. Auch die Mineralölfirmer scheinen die hohen Rohölpreise in überproportionalem Ausmaß in Treibstoffpreise weiterzugeben.

Die höhere Inflation führte zu einer automatischen Anpassung der Richtwert- und Kategoriemieten, die bereits im April um fast 6% stiegen, eine neuerliche Mietanhebung ist sogar noch im laufenden Jahr möglich. Es ist sachlich nicht begründbar, warum höhere Energiepreise für Mieter:innen in einer zweiten Runde auch noch höheren Zahlungen der Mieter:innen an Vermieter:innen auslösen. Besonders sind Haushalte mit niedrigem Einkommen betroffen, die einen erheblichen Teil für Mieten ausgeben müssen. Dies ist eine Umverteilung zugunsten der Gewinne, treibt die Inflation weiter an und die Anpassung hätte deshalb ausgesetzt werden müssen.

Angebots- und Verteilungspolitik gegen die Inflation

Seit Jahresbeginn hat der unerwartete Anstieg der Energiepreise eine Kostendruckinflation ausgelöst. Diese kann nicht durch nachfragebeschränkende Maßnahmen wie starke Zinserhöhungen bekämpft werden, ohne eine Rezession und einen Anstieg der Arbeitslosigkeit zu riskieren. Die Wirtschaftspolitik muss alle Ziele des magischen Vierecks im Auge haben. Deshalb gilt es durch regulatorische Eingriffe etwa auf dem Strom- und Gasmarkt oder bei den Mieten eine Übertragung der Inflation auf die Gesamtwirtschaft zu dämpfen. Hauptbetroffen von der hohen Inflation ist das untere Einkommensdrittel, dessen Armutsrisiko stark steigt. Maßnahmen, um den Sozialstaat armutsfest zu machen, und höhere Lohnuntergrenzen sind hier besonders wirksam. Für das mittlere Einkommensdrittel ist die Lohnpolitik entscheidend für die Kaufkraftsicherung. Das obere Einkommensdrittel reagiert auf höhere Inflation typischerweise mit einer geringeren Sparquote. Politische Unterstützungen zum Ausgleich der Teuerung sind hier nicht sinnvoll. Gleichzeitig gilt es Maßnahmen gegen eine mögliche durch den Energiepreisschock und seine internationalen Folgen ausgelöste Rezession zu ergreifen, vor allem auf dem Arbeitsmarkt. Besonders wirksam wären wirtschaftspolitische Maßnahmen, die das gesamtwirtschaftliche Angebot erhöhen. Eine Ausweitung öffentlicher Investitionen, die für Klimaschutz und Digitalisierung ohnehin notwendig ist, dämpft die Preise und stabilisiert die Konjunktur. Das gleiche gilt für Investitionen in Bildung und Qualifizierung. Kostendruckinflation hat ihre Ursache immer wieder in Preisschüben bei fossilen Rohstoffen. Erfolgreiche Klimapolitik verringert die Abhängigkeit.